



Jahresauswertung 2024



Dokumentation von Rechtsextremismus und
Diskriminierung im Bezirk Steglitz-Zehlendorf

Jahresbericht 2024 – Chronik extrem rechter Vorfälle und Diskriminierungen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf

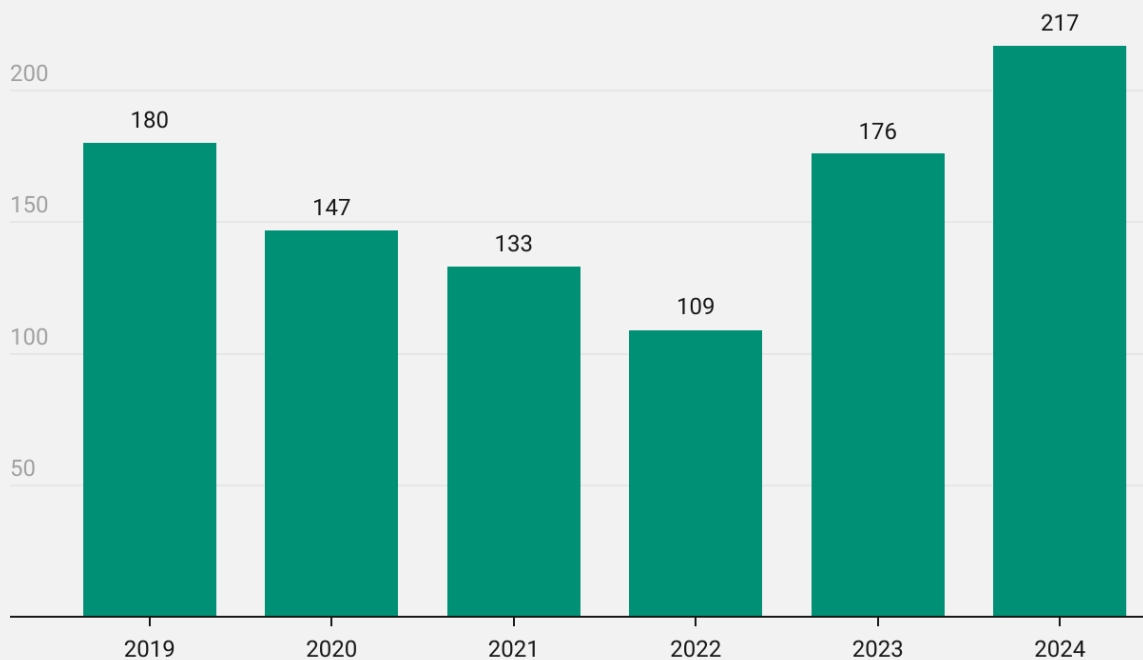
Kurzzusammenfassung

In der Auswertung 2024 der Registerstelle Steglitz-Zehlendorf wird ein Anstieg (extrem) rechter, rassistischer, antisemitischer und weiterer diskriminierender Vorfälle im Bezirk Steglitz-Zehlendorf verzeichnet. Mit insgesamt 217 dokumentierten Fällen – ein Plus von 41 im Vergleich zum Vorjahr – wird seit 2019 ein neuer Höchststand erreicht. Die Registerstelle warnt vor einer zunehmenden Normalisierung menschenfeindlicher Ideologien und fordert mehr gesellschaftliche und politische Wachsamkeit.

Allgemeines zur Registerstelle

Die Registerstelle ist ein gefördertes, zivilgesellschaftliches Projekt, was systematisch Diskriminierung, rassistische, (extrem) rechte, antisemitische, LGBTIQ*-feindliche, sozialchauvinistische und andere menschenverachtende Vorfälle im jeweiligen Bezirk erfasst und damit sichtbar macht. So stellt sie eine Art Frühwarnsystem dar. Gleichzeitig dient die Arbeit der Registerstelle als Instrument zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Politik für diskriminierende Tendenzen im städtischen Raum. Unterstützend dafür ist die alljährlich erscheinende Auswertung, die nachfolgend vorliegt. Mit dieser vertreten wir auch in diesem Jahr die Ansicht, dass es weiterhin zivilgesellschaftliche Aufmerksamkeit, Bildungsarbeit und eine konsequente Dokumentation braucht, um (extrem) rechte Tendenzen frühzeitig sichtbar zu machen und ihnen entgegenzuwirken.

Vergleich 2019 bis 2024



Erstellt mit Datawrapper

Zahlen und Erfahrungen aus dem Jahr 2024

Das Jahr 2024 zeigt allgemein eine Zunahme (extrem) rechter und diskriminierender Aktivitäten im Bezirk. Insbesondere die Zunahme rassistischer und antisemitischer Vorfälle, die inhaltliche Aufladung der gemeldeten Propaganda und die stärkere Verankerung rechter Strukturen im öffentlichen Raum deuten auf eine zunehmende Normalisierung rechter Sprache, Inhalte und Tendenzen hin. Im Jahr 2024 wurden insgesamt 217 extrem rechte und diskriminierende Vorfälle in der Chronik dokumentiert – ein Anstieg um 41 Fälle im Vergleich zu 2023, als 176 Vorfälle erfasst wurden (2024:217; 2023:176). Dieser Anstieg spiegelt sowohl eine tatsächliche Zunahme menschenfeindlicher Aktivitäten als auch eine verstärkte Sensibilisierung und Meldebereitschaft wider.

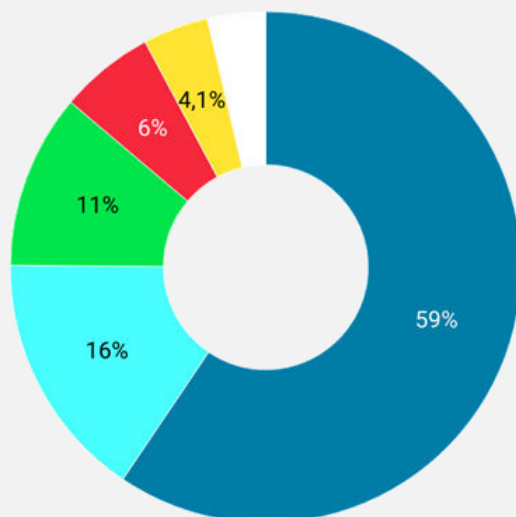
Verteilung nach Vorfallsarten

Wie bereits seit der Gründung des Registers Steglitz-Zehlendorf im Jahr 2016, war auch 2024 die häufigste Vorfallsart die Kategorie "Propaganda". Hierunter fallen unter anderem Aufkleber, Flyer, Schmierereien und sonstige öffentlich sichtbare Ausdrucksformen (extrem) rechter Ideologie.

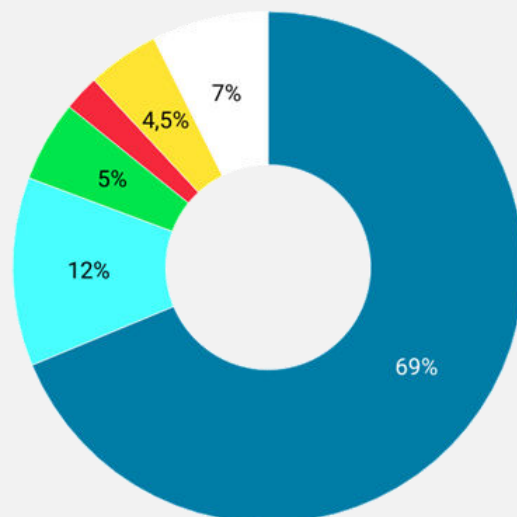
Im Jahr 2024 wurden 129 Propaganda-Vorfälle dokumentiert, im Vergleich zu 121 im Jahr 2023 (2024: 129; 2023: 121). Trotz dieses Anstiegs ist der prozentuale Anteil der Propaganda im Verhältnis zur Gesamtzahl gesunken – von 69% (2023) auf 59% (2024). Der Rückgang des Anteils lässt sich dadurch erklären, dass andere Vorfallsarten stärker zugenommen haben.

Arten im Vergleich

■ Propaganda ■ Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleii ■ Veranstaltung ■ Sachbeschädigung ■ Angriff
■ Strukturelle Benachteiligung



2024
Gesamt:
217



2023
Gesamt:
176

Erstellt mit Datawrapper

Deutlich zugenommen haben insbesondere:

- Beleidigungen, Bedrohungen, Pöbeleien: 34 Fälle (16%) in 2024, verglichen mit 21 Fällen (12%) in 2023.
- Veranstaltungen mit (extrem) rechter, demokratiefeindlicher und diskriminierender Ausrichtung: 24 dokumentierte Fälle (11%) in 2024 gegenüber 9 Fällen (5%) in 2023.
- Sachbeschädigungen: 13 Fälle (6%) in 2024, 4 Fälle (2%) in 2023.

Motivlagen

Die Analyse der Motivlagen zeigt erneut, dass Rassismus das am häufigsten dokumentierte Motiv ist. 2024 wurden 91 rassistisch motivierte Vorfälle gezählt, was 42% aller dokumentierten Ereignisse entspricht – ein signifikanter Anstieg gegenüber 65 Fällen (37%) im Jahr 2023 (2024: 91; 2023: 65).

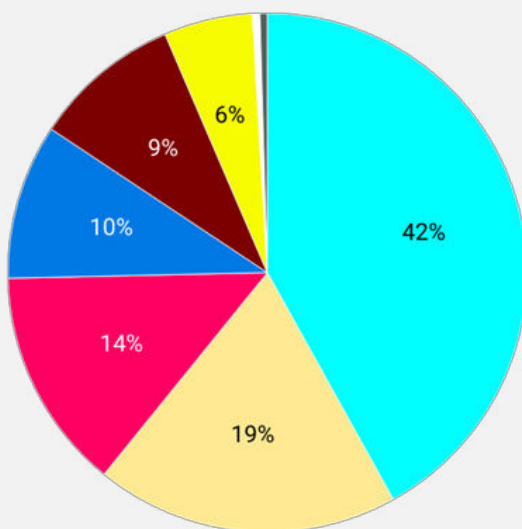
Noch auffälliger ist die Entwicklung im Bereich Antisemitismus: Die Vorfälle mit antisemitischem Hintergrund haben sich mehr als verdoppelt – von 19 (11%) in 2023 auf 41 (19%) in 2024. Damit stellt Antisemitismus das zweithäufigste dokumentierte Motiv im Jahr 2024 dar.

Auch das Motiv der politischen Gegner*innen der extremen Rechten hat zugenommen: 30 Vorfälle (14%) wurden dokumentiert, verglichen mit 16 (9%) im Vorjahr.

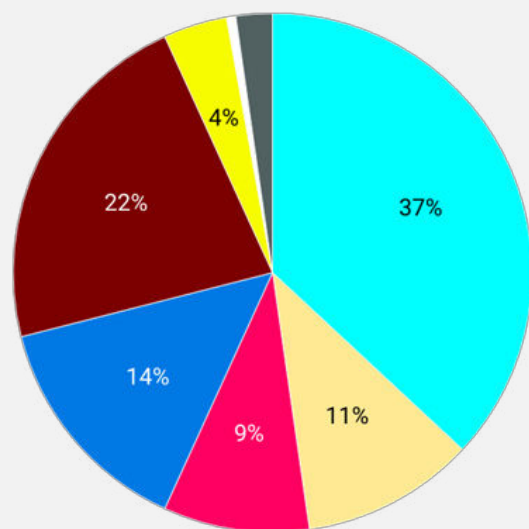
Demgegenüber ist das Motiv der Rechten Selbstdarstellung, das von uns als Werbung für und von extrem rechten Gruppen interpretiert wird, deutlich zurückgegangen: Von 39 Fällen (22%) in 2023 auf 20 (9%) in 2024.

Motive im Vergleich

■ Rassismus
 ■ Antisemitismus
 ■ Politischer Gegner
 ■ Verharmlosung bzw. Verherrlichung des NS
■ Rechte Selbstdarstellung
 ■ LGBTIQ*-Feindlichkeit
 ■ Antifeminismus
 ■ Behindertenfeindlichkeit



2024
Gesamt:
217



2023
Gesamt:
176

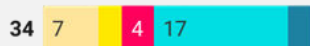
Arten und Motive 2024

■ Antifeminismus
 ■ Antisemitismus
 ■ Behindertenfeindlichkeit
 ■ LGBTIQ*-Feindlichkeit
 ■ Politischer Gegner
■ Rassismus
 ■ Rechte Selbstdarstellung
 ■ Sozialchauvinismus
 ■ Verharmlosung bzw. Verherrlichung des NS

Angriff



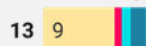
Bedrohung/Beleidigung/Pöbele



Propaganda



Sachbeschädigung



Strukturelle Benachteiligung



Veranstaltung



Sonstiges

0

Erstellt mit Datawrapper

Verknüpfung von Motiv und Vorfallsart

Für eine tiefere Analyse wurden die Motivlagen den jeweiligen Vorfallsarten zugeordnet. Dies ist besonders relevant bei der Kategorie Propaganda, da hier unterschiedliche Motive sichtbar werden. Im Jahr 2023 war ein großer Teil der Propaganda dem Motiv der rechten Selbstdarstellung zuzuordnen (35 von 121 Fällen).

2024 hingegen zeigt sich eine inhaltliche Verschiebung:

- Rassistische Propaganda: 47 Fälle
- Gegen politische Gegner*innen: 23 Fälle
- Antisemitische Inhalte: 19 Fälle
- Verharmlosung des Nationalsozialismus: 16 Fälle
- LGBTIQ*-feindliche Inhalte: 9 Fälle
- Rechte Selbstdarstellung: 14 Fälle

Es zeigt sich also ein Rückgang der reinen Werbung für (extrem) rechte Gruppen bei

gleichzeitiger Zunahme thematisch aufgeladener, gezielter Propaganda.

Neue Auswertung und Einzelfallanalyse

Der Rückgang der "Rechten Selbstdarstellung" gegenüber dem Vorjahr liegt daran, dass die Registerstelle Propaganda inhaltlich auswertete und somit Vorfälle dem inhaltlichen Motiv zuordnete. Ein Beispiel hierfür ist das Online-Magazin, das von einem bekannten Akteur im Bezirk herausgegeben wird. Bei unserer inhaltlichen Auswertung des Magazins zeigte sich, dass diese Publikation insbesondere queerfeindlich und rassistisch war. Außerdem spielte die Delegitimierung von demokratischen Prozessen eine Rolle in den Texten.

10.01.2024 Magazin mit LGBTIQ*-feindlichen Aussagen erschienen

Ein ehemaliger AfD-Politiker, der bereits in der Vergangenheit durch Kontakte in die extrem rechte Szene aufgefallen ist, veröffentlicht regelmäßig ein Online-Magazin für den Bezirk. In der Dezemberausgabe, die im Januar 2024 erschienen ist, äußert er sich abfällig zu vielfältigen Lebensweisen, wie Patchworkfamilien oder gleichgeschlechtlicher Elternschaft. Gegen Transpersonen richtet er sich gezielt mit der Aussage von der „Geschlechtsverstümmelung [sic] vorgesehene Kinder und Jugendliche“. Vielfältige Lebensweisen bezeichnet er als „Satanismus“. Immer wieder äußert er sich gegen die „woke“ Gesellschaft und hofft auf „Erlösung“ von vielfältigen Lebensweisen.

Quelle: Register Steglitz-Zehlendorf

Dennoch gab es 2023 noch 35 Propaganda Vorfälle mit dem Motiv „Rechte Selbstdarstellung“. Diese waren von extrem rechten Gruppen oder extrem rechten Versandhandeln. Ein Beispiel hierfür ist ein oft verbreiteter Aufkleber, der das Logo und die Webseite des extrem rechten Blogs „Politically Incorrect“ oder „PI-News“ zeigte. Es geht extrem rechten Akteuren dabei darum, den öffentlichen Raum zu markieren und sich im Stadtbild zu normalisieren.

Hier der Vergleich der Propagandavorfälle:

Von den 2023 gemeldeten Aufklebern, Schmierereien und Flyern ordneten wir 35 Vorfälle rechter Selbstdarstellung zu, 33 dem Motiv Rassismus, 20 als Verharmlosung und Verherrlichung des Nationalsozialismus, 15 Sticker dem Motiv „politische Gegner*innen der extremen Rechten“, 13 Propagandavorfälle waren antisemitisch motiviert und 4 Vorfälle dokumentierten wir als LGBTIQ*-Feindlichkeit.

2024 lag die Zahl der Propaganda mit rechter Selbstdarstellung bei 14 Vorfällen, dafür gab es 47 Vorfälle mit dem Motiv Rassismus, 23 Aufkleber, Schmierereien und Flyer gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten, 19 Vorfälle waren antisemitisch motiviert, 16 dokumentierten wir als Verharmlosung und Verherrlichung

des Nationalsozialismus und 9 ordneten wir LGBTIQ*-Feindlichkeit zu.

Insbesondere Propaganda, die wir unter dem Motiv Rassismus dokumentierten, hatten folgende Themen:

- Sticker mit rassistischen Inhalten: u. a. gegen Geflüchtete, gegen „andere Rassen“, für Remigration.
- Antimuslimische Inhalte mit stereotypen Darstellungen
- Forderungen nach Abschiebungen und Verschwörungserzählungen zu „Masseneinwanderung“
- Briefe an soziale Einrichtungen und politische Initiativen mit rassistischem Inhalt
- Graffiti mit rassistischen oder antisemitischen Parolen
- Digitale Propaganda, in Form von Beiträgen auf verschiedenen Sozialen Netzwerken durch (extrem) rechte Akteur*innen im Bezirk
- Ein Antrag in der Bezirksverordnetenversammlung mit Aussagen, die das Register als rassistisch bewertete.

Hier zeigten sich die 2024 geführten migrationspolitischen Debatten konkret in den Ortsteilen des Bezirks.

Regionale Verteilung der Vorfälle im Bezirk

Wie auch 2023 wurden in allen 8 Ortsteilen des Bezirks Vorfälle erfasst. Besonders auffällig sind die starken Anstiege in den Ortsteilen Lichterfelde und Lankwitz:

- Lichterfelde: 72 Vorfälle in 2024 (33%), gegenüber 42 Vorfällen in 2023 (24%)
- Lankwitz: 18 Vorfälle in 2024 (8%), gegenüber 5 Vorfällen in 2023 (3%)

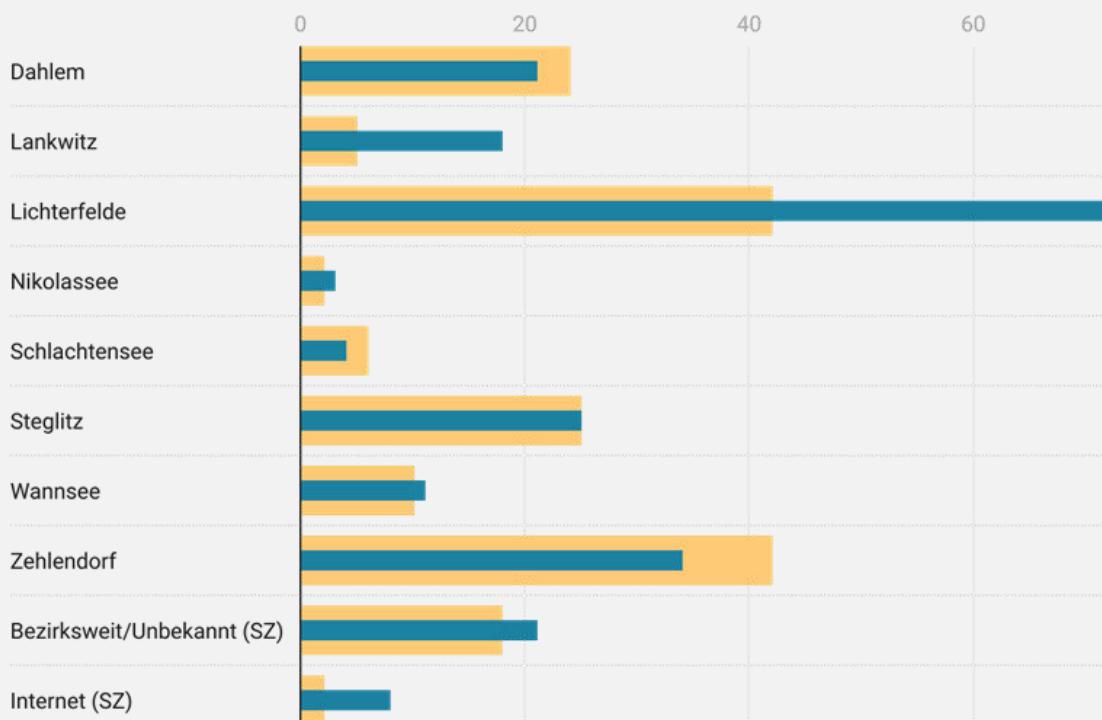
In zentralen gelegenen Ortsteilen wie Steglitz und Zehlendorf, wo traditionell viele Meldungen eingehen, blieb die Zahl der Vorfälle auf ähnlichem Niveau:

- Steglitz: 25 Vorfälle in beiden Jahren
- Zehlendorf: 42 (2023) → 34 (2024)

Unter „Bezirksweit/unbekannt“ fassen wir Berliner Register Vorfälle zusammen, die keinem Bezirksteil direkt zuzuordnen sind, wie z.B. Anträge, die in der Bezirksvollversammlung eingebracht werden. Oder es sind Vorfälle, die besonders stark anonymisiert wurden, da sie vulnerable, marginalisierte Menschengruppen betreffen und eine Meldung eventuelle Konsequenzen nach sich ziehen könnten. Mit der Anonymisierung schützen die Register betroffene und meldende Personen vor Nachteilen oder weiteren Diskriminierungen, die sie durch ihre Meldung erfahren könnten.

Orsteile im Vergleich

2023 2024



Erstellt mit Datawrapper

Lichterfelde:

Lichterfelde ist seit Beginn der Dokumentation im Bezirk Steglitz-Zehlendorf ein Ortsteil mit einer hohen Anzahl an Vorfällen. Die Ausnahme bildet hier das Jahr 2021 mit 12 Vorfällen (im Vergleich 2020 mit 19 Vorfällen und 2022 mit 25 Vorfällen). 2024 wurden in Lichterfelde 72 Vorfälle gemeldet, was im Vergleich zu 2023 ein Anstieg um 30 Fälle bedeutet und 33% der Gesamtvorfälle ausmacht. (2024: 72; 2023: 42).

Die gemeldeten Vorfälle aus Lichterfelde fallen in folgende Kategorien:

- Propaganda (55 der 72 Vorfälle),
- Bedrohungen, Beleidigungen, Pöbeleien (5 Vorfälle)
- Sachbeschädigung (1 Vorfall)
- Veranstaltungen (9 Vorfälle), (siehe hierzu auch den Abschnitt zu Extrem rechte Akteur*innen und Veranstaltungen)
- Angriffe (2 Vorfälle, u.a. ein Angriff von Neonazis auf Wahlkampfshelfer*innen der SPD, der im Dezember 2024 durch die Presse bekannt wurde)

Betrachten wir das Motiv „Politische Gegner*innen der extremen Rechten“ im Gesamtbezirk, fällt auf, dass in Lichterfelde die meisten Vorfälle mit diesem Motiv gemeldet wurden (16 Vorfälle). Dagegen betraf es im Ortsteil Steglitz, wo in der Vergangenheit eine hohe Gesamtzahl von Vorfällen gemeldet wurden, 2024 nur 3 von 25 Vorfällen. Zehlendorf hat von insgesamt 34 Vorfällen sogar nur einen Vorfall mit diesem Motiv.

Von den insgesamt 16 gemeldeten Vorfällen sind 12 Vorfälle Propaganda. Darunter sind Schmierereien und Sticker, die sich nicht nur gegen antifaschistisch Engagierte richten, sondern auch Aufkleber, die sich gegen demokratische Parteien richten, wie z.B. gegen die Partei „Die Grünen“. Nach den Dokumentationsstandards der Berliner Register werden Vorfälle, die sich gegen demokratische Parteien richten, nur aufgenommen, wenn sie aus extrem rechten Versandhandeln stammen und sich somit klar der extremen Rechten zuordnen lassen. Zudem hatten einige Schmierereien einen Bezug zur Tötung von Politiker*innen, beispielsweise durch die Darstellung eines Galgens. Deswegen wurden diese ebenfalls der Kategorie „Politische Gegner*innen“ zugeordnet.

14.12.2024 Angriff durch extrem Rechte in Lichterfelde

*An einer Bushaltestelle an der Lankwitzer Straße wurden zwei SPD Mitglieder von mehreren extrem rechten Personen angegriffen. Die SPD-Mitglieder hatten an dem Tag an einem Infostand auf dem Kranoldplatz gearbeitet. Sie trugen Mützen, die ihre Parteizugehörigkeit zeigten. Beim Einstieg in einen Bus rissen zwei der extrem Rechten den betroffenen Personen die Mützen vom Kopf und beleidigten diese erst. Dann griffen sie beide Betroffenen körperlich an, wobei eine Person zu Boden ging. Diese wurde am Boden liegend weiter angegriffen. Von hinzukommenden Polizist*innen wurde ebenfalls ein Polizist erst rassistisch beleidigt und dann angegriffen. Sowohl das Mitglied der SPD, als auch die Polizist*innen wurden bei dem Angriff verletzt. Ermittlungen gegen die extrem rechten Akteure laufen.*

Quelle: Polizeimeldung Nr. 2572 vom 15.12.2024; Tagesspiegel vom 14.12.2024

08.11.2024 Antimuslimischer Angriff in Lichterfelde

Auf dem Hindenburgdamm nahe der Bushaltestelle "Manteuffelstraße" wurden mehrere PoC (Persons of Color) von einer anderen Person angespuckt. Die Personen trugen Hijabs (arabischer Begriff für Hülle, Schleier), weswegen hier von einem antimuslimischen Angriff ausgegangen wird.

*Quelle: Bürger*innenmeldung über das Vorfallsformular*

Das Motiv Rassismus ist in Lichterfelde ebenfalls häufig vertreten und übersteigt mit 35 dokumentierten Vorfällen in diesem Ortsteil die Gesamtzahl der Vorfälle in anderen Ortsteilen (siehe Zehlendorf mit insgesamt 34 Vorfällen). Neben einer hohen Zahl an rassistischen Stickern und Schmierereien haben wir 2024 u.a. auch einen rassistischen Angriff in Lichterfelde dokumentiert.

Wie bereits 2023 wiederholten sich 2024 Vorfälle, welche Einrichtungen oder Parteibüros in Lichterfelde-West und -Süd betrafen. Insgesamt 18-mal waren Parteien, Nachbarschaftsinitiativen und Vereine betroffen. Bei den Vorfällen handelt es sich entweder um extrem rechte, rassistische und antimuslimische Sticker an Schaukästen oder Schaufenstern oder die Initiativen erhielten Briefe. In der zweiten Jahreshälfte erhielten Einrichtungen Briefe mit antimuslimischen Inhalten, in denen die Mitarbeiter*innen sogar persönlich angesprochen wurden. Außerdem war eine Kreativ-Aktion betroffen, die verschiedene Kiez-Initiativen mit Kindern durchgeführt hatten. Hierbei handelte es sich um die sogenannten „Steine der Vielfalt“. Kinder hatten diese mit verschiedenen Wünschen und mit ihren Vorstellungen von Demokratie bemalt. Sie lagen über den Sommer 2024 in der Nähe des S-Bahnhofs Lichterfelde-Süd aus. Ein Schild wies auf die Aktion und die Bedeutung hin, benannte außerdem die teilnehmenden Initiativen und Einrichtungen. Mehrfach wurde das Schild mit extrem rechten und rassistischen

Aufklebern beklebt, teilweise sogar zerstört und die ausgelegten Steine wurden zertreten (siehe hier z.B. die Vorfälle vom 29.04.2024 oder 21.05.2024).

Vorfälle gegen Parteien, gegen soziale Einrichtungen und Initiativen, sowie gegen Aktionen für Demokratie, für Vielfalt und Menschenrechte zeigen eine Verschiebung in der Gegnerschaft von extrem rechten Akteur*innen. Die extreme Rechte richtet sich damit nicht mehr nur gegen linke Positionen oder gegen marginalisierte Menschengruppen, sondern bezieht sich auf demokratische Prozesse und greift Menschen an, die diese nach außen vertreten und für Werte wie Solidarität und Gerechtigkeit einstehen.

Lankwitz:

Im Ortsteil Lankwitz wurden im Vergleich zum Vorjahr 13 Vorfälle mehr dokumentiert. (2024: 18; 2023: 5). In der Gesamtbetrachtung des Bezirks ist Lankwitz eher „unauffällig“, im Vergleich mit den Vorjahren, aber überraschend. In Lankwitz erfasste das Register Steglitz-Zehlendorf stets unter 9 Vorfälle. Von den insgesamt 18 Vorfällen im Jahr 2024 sind wie auch in anderen Ortsteilen die meisten aus der Kategorie „Propaganda“ (8 Vorfälle). Allerdings fanden in Lankwitz auch 5 Beleidigungen und Pöbeleien und ein Angriff statt. 4 der Bedrohungen und Pöbeleien fanden im Alltag der betroffenen Personen statt, 3 davon waren rassistisch motiviert.

16.01.2024 Rassistische Bedrohung in Lankwitz

Eine Frau wurde auf der Siemensstraße erst rassistisch beleidigt, dann bedroht. Die Frau war mit ihrem Kind unterwegs, als auf einem Parkplatz ein Autofahrer sehr nah an ihr vorbeifuhr.

Nach einem Hinweis auf diesen Umstand durch die Frau, beleidigte und bedrohte der Autofahrer die Frau mit rassistischen Worten.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 0125 vom 17.01.2024

Betrachten wir für die Analyse die Melder*innen und Meldewege der Ortsteile Lichterfelde und Lankwitz, stellen wir fest, dass die Meldungen weniger von unbekannt Personen erfolgten, sondern oft aus dem Netzwerk des Registers Steglitz-Zehlendorf heraus. Darunter fallen z.B. soziale Initiativen, Aktivist*innen oder Mitglieder aus Bündnissen und/oder Parteien. Menschen, die also von der Dokumentation (extrem) rechter und diskriminierender Vorfälle im Bezirk wissen, sind zum einen aufmerksamer für diese Vorfälle im Alltag und im Straßenbild, geben diese Informationen aber zum anderen auch an andere z.B. betroffene Personen weiter. Dies bedeutet, dass nicht nur mehr Vorfälle geschehen, sondern bereits existierende Phänomene der Diskriminierung sichtbarer werden. Dies erklärt u.a. die Anstiege der Zahlen in Lichterfelde und Lankwitz.

Motiv Rassismus im Detail

2024 gab es insgesamt 91 rassistisch motivierte Vorfälle. Das ergibt bei 217 Vorfällen einen Anteil von 42 Prozent. Im Hinblick auf die letzten fünf Jahre der Dokumentation liegt die Zahl damit 2024 am höchsten. Von 2019 an pendelt die Zahl mit Ausnahme von 2022, wo wir insgesamt nur 109 Vorfälle hatten, zwischen 37 und 39 Prozent. Die Ausnahme 2022 hängt vermutlich mit den Einschränkungen durch die Corona-Pandemie zusammen.

Grundsätzlich ist Rassismus als Motiv in nahezu allen Vorfällen vertreten:

- Angriffe: 5 von 9 Angriffen 2024 waren rassistisch motiviert
- Beleidigungen, Bedrohungen, Pöbeleien: 17 von 34 Fällen erfolgten aus rassistischer Motivation
- Strukturelle Benachteiligung: ausschließlich rassistisch motiviert
- Veranstaltungen: 13 der 24 Veranstaltungen wurden als rassistisch eingestuft

Vorfälle wie Angriffe und Bedrohungen geschehen häufig im Alltag von Betroffenen – am Arbeitsplatz, im Wohnumfeld oder im öffentlichen Nahverkehr. Auch 2024 bleibt der öffentliche Nahverkehr ein häufiger Tatort. Täter*innen und betroffene Personen sind dabei sowohl Fahrgäst*innen als auch Fahrer*innen. Angriffe ereignen sich ebenso im Alltag von betroffenen Personen, z.B. auf der Arbeit oder in ihrem Wohnumfeld.

Die Angriffe werden im Bezirk durch Personen ausgeübt, die rassistische Einstellungen haben und diese an betroffenen Personen auslassen. Bis auf den oben erwähnten Angriff am 14.12.2024 in Lichterfelde, waren die Täter*innen keine bekannten oder nicht erkennbar Neonazis, sondern Bürger*innen des Bezirks, die in ihrem Alltag auf Menschen marginalisierter Gruppen gestoßen sind.

30.09.2024 Rassistischer Angriff in Zehlendorf

In einem Krankenhaus an der Walterhöferstraße in Zehlendorf wurde ein Pfleger von einem Patienten aus rassistischer Motivation heraus, angegriffen. Der Pfleger wurde von dem Patienten erst rassistisch beleidigt und dann geschlagen. Der Pfleger konnte nach dem Angriff nicht weiterarbeiten. Die Polizei ermittelt.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 1993 vom 30.09.24, RBB24 vom 30.09.24

Das gleiche gilt für Beleidigungen und Pöbeleien, die 2024 von uns dokumentiert wurden. Diese finden häufig an öffentlichen Orten statt oder dort, wo betroffene Personen ihre Freizeit und ihre Arbeitsleben verbringen. Da es an diesen Orten, wo viele Menschen zusammenkommen, mehr potenzielle Täter*innen, Betroffene und Beobachter*innen gibt, ereignen sich dort grundsätzlich auch mehr Vorfälle, bzw. werden diese auch häufiger gemeldet.

Extrem rechte und neurechte Akteur*innen im Bezirk

2024 wurden mehrere rassistische Infostände dokumentiert, ebenso wie Veranstaltungen mit (extrem) rechten Akteur*innen und Akteur*innen der Neuen Rechten.

Ein ehemaliger Politiker, der im Bezirk aktiv ist und der (extrem) rechten und neurechten Szene zuzuordnen ist, ist Vorsitzender eines Vereins dessen Veranstaltungsräume sich in Lichterfelde-Ost befinden. Mit diesem Verein ist der Akteur auf verschiedene Weisen aktiv. So postet er u.a. online über seinen privaten und den Vereins-Account Beiträge, in verschiedenen sozialen Netzwerken, die als rassistisch oder LGBTIQ*-feindlich gewertet wurden. Die Berliner Register nehmen Vorfälle, die hauptsächlich online passieren, nur auf, wenn sie eine lokale

Wirkung haben und von vielen Nutzer*innen gesehen wurden.

Die Online-Vorfälle machten im Jahr 2024 insgesamt 5 Vorfälle aus.

In den Räumen seines Vereins bietet der oben erwähnte Akteur extrem rechten und neurechten Akteur*innen eine Bühne. Personen, die dort auftraten, leugneten u.a. in ihren Schriften die Shoah, sind z.B. Gründungsmitglieder der extrem rechten „Identitären Bewegung“ oder haben Verbindungen zu bekannten neurechten Strukturen wie dem Compact-Magazin und der Bibliothek des Konservatismus in Charlottenburg.

Außerdem gab es im Jahr 2024 in den Veranstaltungsräumen regelmäßig Veranstaltungen vom 2024 aufgelösten Institut für Staatspolitik (IfS), welches in Schnellroda in Sachsen-Anhalt angesiedelt war. Das Institut für Staatspolitik verbreitete neurechte Bildungsarbeit in Form von Vorträgen und Veranstaltungen. Es betrieb einen eigenen Verlag und publizierte eine Zeitschrift. Sowohl Verlag als auch Zeitschrift existieren auch nach der Auflösung des IfS noch und werden von Personen, die im IfS aktiv waren, veröffentlicht. Der Verein „Institut für Staatspolitik“ wurde 2023 vom Bundesverfassungsschutz als gesichert

01.06.2024 AfD-Infostände in Steglitz

*Wie der Bezirksverband der AfD auf seinen Social-Media-Kanälen mitteilte, hielt dieser zwei Infostände in Steglitz ab. Ein Stand befand sich auf der Schloßstraße/Ecke Deitmerstraße, ein weiterer Stand nahe des U-Bahnhofs Schloßstraße am „Bierpinsel“. An beiden Ständen wurde die AfD-Zeitschrift „Blauer Bote“ verteilt. In der Ausgabe Frühjahr/Sommer 24 werden Erzählungen verbreitet, die einer Angsterzählung vor „unkontrollierter Masseneinwanderung“ folgen. In einem Artikel über eine Geflüchtetenunterkunft in Berlin werden Menschen mit Einwanderungsgeschichte mit einer erhöhten Neigung zu Gewalt assoziiert. Diese Darstellung führt dazu, dass rassistische Vorurteile gegenüber Geflüchteten und Migrant*innen gefördert werden.*

Quelle: Register Steglitz-Zehlendorf

rechtsextrem eingestuft.¹ Auch nach Auflösung des Vereins schien dieser weiterhin in den Veranstaltungsräumen in Lichterfelde-Ost aktiv zu sein. Akteur*innen des ehemaligen Instituts für Staatspolitik traten nach wie vor in den Räumen auf, die Anmeldungen liefen zudem über eine E-Mailadresse mit Bezug zum Institut.

Von den 24 dokumentierten Vorfällen in der Kategorie der Veranstaltungen, bezogen sich 5 der Chronik-Vorfälle auf Veranstaltungen in den beschriebenen Räumen.

Bis Frühjahr 2024 brachte der ehemalige Politiker mit Bezug zur extremen und neuen Rechten zudem ein Online-Magazin für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf und darüber hinaus heraus.

Der Bezirksverband der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) baute im Zuge des Wahlkampfs bis Sommer 2024 regelmäßig Infostände in Steglitz-Zehlendorf auf. Orte waren unter anderem die Schloßstraße in Steglitz, die Paul-Schneider-Straße in Lankwitz oder der Kranoldplatz in Lichterfelde. Dort verteilte die Partei die Zeitschrift „Blauer Bote“. Die verteilten Ausgaben erhielten Artikel mit Aussagen,

die als rassistisch bewertet wurden. Daher wurden sie als rassistische Veranstaltungen verzeichnet.

Die Hälfte der dokumentierten Veranstaltungen im Jahr 2024 (12 von 24 Veranstaltungen insgesamt) sind auf die Wahlkampfstände des Bezirksverbands der AfD zur Nachwahl des Bundestags im Februar und auf die Europawahl im Juni zurückzuführen.

Antisemitismus und antisemitische Veranstaltungen

Allgemein zeigte sich Antisemitismus vermehrt im alltäglichen Umfeld, z.B. durch Schmierereien oder beleidigende Aussagen im Freizeitleben von Betroffenen und Nicht-Betroffenen. Gleichzeitig fand Antisemitismus gezielt statt, in dem er u.a. auf organisierten Demonstrationen gezeigt wurde.

Bereits im Jahresbericht der Berliner Register, der im Sommer 2024 erschien, machten wir auf Vorfälle im Zusammenhang mit dem Angriff der Hamas auf Israel und dem damit verbundenen Krieg aufmerksam. Der Krieg in Gaza und die

¹ Bundesamt für Verfassungsschutz (2025): Das Netzwerk der Neuen Rechten. Online unter:

<https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hinterruende/DE/rechtsextremismus/das-netzwerk-der-neuen-rechten.html#doc1755240bodyText2>

Auseinandersetzungen in Nahost spiegeln sich auch in den dokumentierten Vorfällen von 2024 wider.

Insgesamt sind 2024 41 antisemitische Vorfälle gemeldet worden, 2023 waren es noch 19 Vorfälle (2024: 41; 2023: 19). Die Gesamtzahl der antisemitischen Vorfälle im Jahr 2023 deckt im Jahr 2024 die Zahl der reinen Propagandavorfälle ab.

Was bei den dokumentierten Vorfällen mit antisemitischem Motiv auffällt, ist die Verteilung innerhalb der Vorfallsarten sowie die Verteilung im Bezirk. Antisemitische Vorfälle finden sich in sieben von acht Ortsteilen Steglitz-Zehlendorfs und lassen sich nahezu allen Kategorien der Berliner Register zuordnen. In Steglitz-Zehlendorf kam es im Jahr 2024 zu:

- antisemitischen Angriffen,
- Beleidigungen und Pöbeleien,
- zu Sachbeschädigungen,
- aber auch zu Veranstaltungen und Propaganda.

Propaganda bildete sich dabei vor allem durch Schmierereien ab.

Insgesamt wurden 7 Beleidigungen und Pöbeleien mit dem Motiv Antisemitismus gemeldet. Außerdem gab es einen Angriff gegen eine Person, die sich solidarisch mit von Antisemitismus Betroffenen zeigte (siehe Vorfall vom 17.04.2024).

Von den 24 Veranstaltungen, die im Bezirk dokumentiert wurden, ordneten wir 5 dem Motiv Antisemitismus zu. Eine Demonstration fand in Steglitz statt, 4 der Veranstaltungen hatten einen Bezug zur Freien Universität in Dahlem. Dort wurden über das Jahr verteilt mehrere Veranstaltungen und Protestcamps abgehalten. Wenn diese Camps nicht vorwiegend antisemitisch waren, wurden vereinzelte Plakate mit antisemitischen Sprüchen als Propaganda erfasst.

Bei den anderen Veranstaltungen kam es vermehrt zu antisemitischen Aussagen und Plakaten. Der Grundtenor der Veranstaltungen war ein antisemitisches Motiv. Es wurden Parolen gerufen und Schilder gezeigt, die u.a. Israel das Existenzrecht absprachen, zu Boykott gegen Israel aufriefen oder antisemitische Verschwörungserzählungen aufgriffen.

Die meisten Sachbeschädigungen, die 2024 dokumentiert wurden, geschahen aus antisemitischer Motivation (insgesamt 9 von 13 Vorfällen der Sachbeschädigung). Häufig betroffen war der Sderotplatz in Zehlendorf. Dieser erinnert an die Städtepartnerschaft des Bezirks Steglitz-Zehlendorf mit der israelischen Stadt Sderot. Er dient seit dem Oktober 2023 als Gedenkort, an dem Blumen und Andenken niedergelegt werden. Im Dezember 2024 kam es in Dahlem außerdem zu einer Sachbeschädigung eines Chanukka-Leuchters.

26.12.2024 Antisemitismus und NS-Verherrlichung in Dahlem

Auf einem achtarmigen Leuchter an der Pücklerstr./Ecke Clayallee entdeckte eine Streife der Polizei eine Hakenkreuz-Schmiererei. Der Leuchter steht dort zum jüdischen Lichterfest Chanukka. Die Polizei machte das Hakenkreuz unkenntlich.

Quelle: Polizeimeldung, Nr. 2673, Tagesspiegel vom 27.12.24



IMPRESSUM

Herausgeber*in:

Register Steglitz-Zehlendorf

Projektträger:

Stadtteilzentrum Steglitz e.V.

Adresse:

Holsteinische Straße 39-40

12161 Berlin

E-Mail: sz@berliner-register.de

Mobil: +49 177 4731717

Homepage: <https://berliner-register.de/register/steglitz-zehlendorf/>

Bluesky: [@szregister.bsky.social](https://bsky.app/profile/@szregister.bsky.social)

Instagram: [registerbsz](https://www.instagram.com/registerbsz)

Stand: April 2025



Gefördert durch

BERLIN



Senatsverwaltung
für Arbeit, Soziales,
Gleichstellung, Integration,
Vielfalt und Antidiskriminierung

im Rahmen von

**DEMOKRATIE.
VIELFALT.
RESPEKT.**

Das Landesprogramm gegen
Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus

